

**Bericht der Verwaltung
für die Sitzung der Deputation
für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S)
am 30. Mai 2013**

Verfahrensstand zur Biogasanlage auf der Blocklanddeponie

A) Sachdarstellung

Der Deputierte Gerd Arndt von der Fraktion DIE LINKE, hat um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

„Welchen Stand hat die Ausschreibung der Biogasanlage auf der Blocklanddeponie?
Ist es zutreffend, dass eine Beschwerde gegen die Ausschreibung und ein Antrag auf Einleitung eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens anhängig sind?
Wie verfährt der Senat in dieser Angelegenheit weiter?“

Der Umweltbetrieb Bremen und die Firma Kompostierung Nord GmbH haben einen Vertrag geschlossen, mit dem die Mietdauer für eine Fläche der Kompostierungsanlage verlängert wird. Dem Vertrag wurde vom Betriebsausschuss des Umweltbetriebes am 12. November 2012 zugestimmt. Er wurde EU-weit bekannt gemacht. Die Errichtung und der Betrieb einer Biogasanlage wurden nicht ausgeschrieben.

Die Firma Grube Land- und Umwelttechnik Verwaltungs-GmbH & Co. KG hat bei der Vergabekammer Bremen am 14.01.2013 einen Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gegen den Abschluss des Mietvertrages für das Grundstück Fahrwiesendamm 100 zwischen dem Umweltbetrieb Bremen und der Firma Kompostierung Nord GmbH gestellt.

Der Antrag wurde von der Vergabekammer mit Beschluss vom 31.01.2013 als unzulässig zurückgewiesen.

Daraufhin hat die Firma sofortige Beschwerde gegen den Beschluss der Vergabekammer beim Vergabesenaat des Hanseatischen Oberlandesgerichts eingelegt. Der 2. Zivilsenat hat im Termin zur mündlichen Verhandlung am 06.05.2013 ausführlich seine Rechtsauffassung erläutert. Danach ist der Abschluss des Mietvertrages vergaberechtlich nicht relevant. Es werde weder mit dem Vertrag eine Bauleistung im Sinne einer Baukonzession vergeben noch sei der Leistungsvertrag über die Behandlung der Bio- und Grünabfälle berührt. Die Stadt habe sich vielmehr für das Jahr 2018 alle Optionen für eine Rekommunalisierung oder Neuausschreibung der Leistung bewusst offen gehalten.
Die Beschwerdeführerin hat inzwischen ihre Beschwerde zurück genommen.

Die Firma Kompostierung Nord GmbH wird nach Abschluss des Verfahrens über die Einleitung eines Genehmigungsverfahrens zur Errichtung und Betrieb einer Biogasanlage entscheiden.

Der Vergabekammer beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wurde mit Schriftsatz vom 10.01.2013 mitgeteilt, dass die Firma Grube mit Schreiben vom 22.12.2012 die EU-Kommission gebeten habe, ein EU-Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ist nicht bekannt, ob die EU-Kommission dieser Bitte gefolgt ist.

Bisher ist keine Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme seitens der Kommission eingegangen.

B) Beschlussvorschlag

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.